

## BGE 66 I 295

Bundesgericht (BGE), 1940-01-01, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge\\_66\\_I\\_295](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_66_I_295)

FR: ATF 66 I 295

IT: DTF 66 I 295

### Volltext

29{ Verwaltungs\_ und DisziplinarrechtBpflge. ma incombera aJl'attore, che chiede l'annullamento del- l'iscrizione, la pl,'ova dell'esistenza di una causa di esclu- sione del riconoscimento (art. 306 CC). Non e ammissibile invertire l'onere della prova, obbligando il padre a dimo- strare che il riconoscimento non e vietato. Inoltre la procedura proposta dall' Autorita cantonale di vigilanza e dal Dipartimento federale di giustizia e polizia appare criticabile sotto un altro rispetto. L'indi- cazione dei nOme della madre, che fara il padre, sara mera- mente officiosa: non si potra introdurre questo nome nell'atto di nascita, che e stato fatto all'estero e non puo evidentemente essere rettificato dall'autorita svizzera, soprattutto quando si tratti di una. madre straniera. L'Uffieiale dello stato civile dovra adunque indagare l'esattezza di questa indicazione, ossia dovra attendere a cosa estranea al suo compito ehe e di attenersi ai docu- menti ufficiali. D'altro lato, ci si chiede quale valore avra il risultato di queste indagini, in particolare di quale mezzo disporra il padre per dimostrare il contrario, qualora l'Ufficiale dello stato civile, esperite le indagini, conclu- desse che il nome indicato non e qu~llo della madre. Ci si trovera in presenza di situazioni irte d'inconvenienti, se non addirittura impossibili. Ne segue che la procedura proposta dall'Autorita cantonale di vigilanza e dal Dipar- timento di giustizia e polizia non puo essere accolta anche per motivi di ordine pratico. . Il Tribunale federale 'P'Gnuncia : TI ricorso e ammesso. Di conseguenza e annullato il decreto 18 aprile 1940 dei Dipartimento dell'Interno dei Cantone Tieino, il quale e invitato a far iscrivere nel registro delle famiglie del Comune di Castel San Pietro l'atto di nascita dell'infante Jean, Pierre, Gerard, Igin Prada, quale figlio illegittimo riconosciuto di Pietro- Maria Prada. Boomtenrecht. No 51. III.BEAMTENRECHT STATUT DES FONCTIONNAIRES 51. Urteil vom 30. Oktober 1940 i. S. D. gegen Versieherungskasse für die eidgenössisehen Beamten~ Angestenten und Arbeiter. 295 Klagen auf Leistungen der eidgenössischen Versicherungskasse sind binnen zwei Jahren seit Entstehung des Anspruchs dem Bundesgericht einzureichen, ansonst das Klagerecht verwirkt ist (Art. 17, Abs. 3 StatVK). Der Vorbescheid der Verwaltung (Art. 20 VDG) ist vor Ablauf dieser Frist zu erwirken. Les demandes relatives aux prestations de la Caisse fed6mle d'assurance doivent Eitre introduites devant le Tribunal federal dans les deux ans des la naissance du droit, a. peine de forclu- sion. Art. 17 a1. 3 des Statuts de la Caisse d'assurance des fonctionnaires. La d6cision prealable des autorit~ a?mIDistratives ~art. 20 JAD) doit Eitre obtenue avant l'exprratlOn de ce d61al. Le azioni per diritti a prestazioni della Cassa federale d'assicu- razione debbono essere promosse davant~ ~l Trib~~ f~er~e entro i due anni dacche hanno avuto orlgme tah dmttl, altn- menti si verifica la perenzione (art. 17 cp. 3 degli statuti) .. La decisione, di cui all'art. 20 GAD, dev'essere ottenuta pnma della scadenza di questo termine. A. - Der Kläger D. war Grenzwachtgefreiter. Er hat am 4. Juni 1938 ein Gesuch um Entlassung aus dem Zoll- dienst eingereicht und dabei bemerkt, dass er keine andern Forderungen an die Verwaltung stelle als Ausrichtung des laufenden Monatsgehalts und seine Ansprüche an die

Versicherungskasse. (Diese bestehen bei Beendigung des Dienstverhältnisses zufolge Demission in der Abgangs- entschädigung nach Art. 8 der Statuten). Am 17. Juni "erklärte D. weiterhin, dass die sofortige Auflösung des Dienstverhältnisses seinen Wünschen entspreche und sein Gesuch in diesem Sinne aufzufassen sei. Die Demission wurde von der eidgenössischen Oberzolldirektion genehmigt. D. konnte entsprechend seinem Wunsch sofort austreten. Das Gehalt wurde noch bezahlt bis Ende Juni. Am 30. September 1938 reichte der Zentralverband eidgenössischer Zollangestellter der Oberzolldirektion ein Verwaltungs- und Disziplinarrechtspflege. Gesuch ein um Überweisung des D. an die eidgenössische Versicherungskasse, weil dieser sein Gesuch um Entlassung in einem Zustande geistiger Verwirrung gestellt habe. Die Oberzolldirektion lehnte durch Schreiben vom 30. Januar 1939 ein Zurückkommen auf die Entlassung und auf die Meldung des Austritts an die Versicherungskasse ab und verwies die Gesuchsteller auf Art. 67, Abs. 3 a BO I. Mit Eingabe vom 26. März 1940 richtete der Kläger an das eidgenössische Finanz- und Zolldepartement ein Gesuch um Aufhebung seiner Entlassung und um Ausrichtung der statutarischen Invalidenrente wegen dauernder Unfähigkeit zur Bekleidung seines früheren Amtes oder einer andern gleichartigen Stellung. Das Gesuch ist am 6./8. Juli 1940 abgewiesen worden, nachdem es dem Oberarzt der Bundesverwaltung zur Begutachtung unterbreitet worden war. B. - Mit Eingabe vom 5. August 1940 an das Bundesgericht erhebt D. Anspruch auf Ausrichtung der Invalidenrente mit Rückwirkung auf den 4. Juni 1938. Die Eingabe ist bezeichnet als Rekurs gegen den Entscheid des Finanzdepartementes vom 6./8. Juli. Sie sei rechtzeitig, innert der Beschwerdefrist von 30 Tagen eingereicht worden. Das eidgenössische Finanzdepartement beantragt Nicht-eintreten wegen Verwirkung des Klagerechts zufolge Fristversäumnis. Der Kläger, dem die Äusserung des Finanzdepartementes zur Replik zugestellt worden ist, hält daran fest, dass sein Anspruch rechtzeitig erhoben worden sei. Die zweijährige Frist nach Art. 17 der Statuten sei durch die Eingabe vom 26. März 1940 an das Finanzdepartement gewahrt worden. Eventuell sei die Verspätung der Eingabe an das Bundesgericht durch das Finanzdepartement verschuldet, da dieses seinen Entscheid verzögert habe, wahrscheinlich in der Absicht, nachher die Verspätungseinrede zu erheben. Nach der Praxis des Bundesgerichtes in andern Fällen sei zu schliessen, dass sich das Departement hier nicht auf die Verspätung berufen könne (BGE Beamtenrecht. No 51. 297 '49 II 321, 46 II 92 und 42 II 682). Übrigens habe die Frist erst am 30. Januar 1939 begonnen und sei daher noch nicht abgelaufen. Das Bundesgericht ist auf die Klage nicht eingetreten in Erwägung : 1. - Nach Art. 17, lit. a VDG und Art. 60, Abs. 1 BtG beurteilt das Bundesgericht die Streitigkeiten über Leistungen einer Versicherungskasse des Bundes als einzige Instanz. Es ist an die Stelle des eidgenössischen Versicherungsgerichtes getreten, dem diese Streitigkeiten bisher, ebenfalls als einziger Instanz, zugewiesen waren (Art. 17, Abs. 2 der Statuten der Versicherungskasse in der Fassung vom 6. Oktober 1920) 2. - Klagen auf Leistungen der eidgenössischen Versicherungskasse müssen binnen zwei Jahren seit Entstehung des Anspruchs dem Gericht eingereicht werden (Art. 17, Abs. 3 der Statuten). Vorher ist aber, nach Art. 20 VDG in Verbindung mit Art. 67 BO I die Stellungnahme der zuständigen Verwaltungsinstantz (hier des Finanzdepartementes, Art. 67, Abs. 3 lit. a BO I) einzuholen. Denn der gerichtlichen Beurteilung nach Art. 17 VDG unterliegen nur Streitigkeiten. Eine solche besteht aber nur, wenn die Verwaltung ein an sie gerichtetes Begehren ablehnt. Dass die zweijährige Frist nach Art. 17, Abs. 3, der Statuten die Einreichung der Klageschrift bei der Gerichtsinstantz betrifft (nicht etwa die Anmeldung eines Anspruchs bei der Verwaltungsbehörde) ist in der deutschen und italienischen

Fassung der Statuten ausdrücklich ausgesprochen. In der französischen Fassung (auf die sich der Reklütent stützt; seine Eingaben sind französisch redigiert) ist es nicht ausdrücklich gesagt. Es war aber nicht nötig, weil schon die Formulierung « la demande tendant a l'adjudication de prestations doit etre deposee » genügend zum Ausdruck bringt, dass eine gerichtliche Klage gemeint ist. Aber selbst abgesehen hiervon schliesst der Zusammen- 298 Verwaltungs- und Disziplinarrechtspflege. hang, in welchem die Vorschrift steht, jeden Zweifel aus. Da Art. 17 für Streitigkeiten über Kassenleistungen die Beurteilung durch eine einzige Instanz vorsieht, kann unter Einreichung des Begehrens (depöt de la demande) nur die gerichtliche Klage verstanden werden. An dieser Ordnung ist bei Übertragung dieser Geschäfte an das Bundesgericht nichts geändert worden. Auch das Bundesgericht urteilt als einzige Instanz. Soweit Klagefristen vorgesehen sind, ist daher der Vorbescheid der Verwaltung nach Art. 20 VDG vor deren Ablauf zu erwirken. 3. - Die Klagefrist von zwei Jahren nach Art. 17, Abs. 3, der Statuten bestimmt sich nach dem Zeitpunkt, in welchem der Anspruch wirksam wird. Die Invalidenrente beginnt mit dem Tage, bis zu welchem das Gehalt oder der Lohn ausgerichtet wurde (Art. 24, Abs. 4 der Statuten). Hier wurde der Lohn ausbezahlt bis Ende Juni 1938. Die Invalidenrente, auf die Anspruch erhoben wird, hätte, wenn sie geschuldet wäre, am 1. Juli 1938 begonnen. Die zweijährige Klagefrist ist daher am 1. Juli 1940 abgelaufen. Die vorliegende Klage wurde am 5. August 1940, demnach verspätet, eingereicht. Unhaltbar, ja trölerisch ist die Behauptung, der Verwaltungsentscheid sei verzögert worden. Das Gesuch an das Finanzdepartement wurde erst am 26. März 1940, also nur ein Vierteljahr vor Ablauf der Klagefrist eingereicht. Es musste zunächst dem Oberarzt der Bundesverwaltung zur Begutachtung unterbreitet werden. Es ist am 8. Juli, also innert der für nicht dringliche Angelegenheiten üblichen Frist, beantwortet worden. Wenn der Kläger im Hinblick auf den bevorstehenden Ablauf der Klagefrist eine raschere Behandlung des Gesuches wünschte, so hätte er dies geltend machen müssen. Es hätte auch nichts im Wege gestanden, dass er, zur Wahrung der Frist, die gerichtliche Klage vorsorglich eingereicht hätte, ohne die Stellungnahme der Verwaltung abzuwarten, sofern diese, trotz Hinweis auf die Dringlichkeit, nicht rechtzeitig erhältlich gewesen wäre. Beamtenrecht. No 52. Urteil vom 13. Dezember 1940 i. S. Kanton Rem gegen Schweiz. Eidgenossenschaft. 299 1. Direkter verwaltungsrechtlicher Prozess; a) Forderungen an den Bund aus einem verwaltungsrechtlichen Vertrag werden vom Bundesgericht als einziger Instanz in dem Verfahren nach Art. 17 VDG (nicht nach Art. 48, Ziff. 1 OG) beurteilt. b) Unter «Bundesgesetzgebung» im Sinne von Art. 17 VDG ist das Bundesrecht überhaupt, auch das ungeschriebene, zu verstehen. 2. Freizügigkeitsvertrag zwischen Beamtenversicherungskassen. Frage, ob das Deckungskapital, das der Bund für den Einkauf von Versicherungszeit bei der eidgenössischen Beamtenversicherungskasse einbezahlt hat, um eine « hervorragende Arbeitskraft» für den Bundesdienst zu gewinnen (Art. 5, Abs. 3, letzter Satz der Statuten der eidg. Beamtenversicherungskasse), auf Grund eines Freizügigkeitsvertrages mit einer kantonalen Beamtenversicherungskasse an diese Kasse zu überweisen ist, wenn die Arbeitskraft den Bundesdienst nach kurzer Zeit verlässt, um eine Stellung im Dienste des Kantons zu übernehmen. 1. Procea administratif direct: a) Le Tribunal federal connait, en instance unique, selon l'art. 17 JAD (et non pas selon l'art. 48 eh. 1 OJ), des pretentions derivees, a l'egard de la Confederation, d'un contrat de droit administratif. . b) A l'art. 17 JAD, le Iegislateur a designe par le terme «Legislation federale » l'ensemble du droit federal, fut-il non écrit. 2. Oontrat de libre passage entre des caisses d'assurance POU/ l'fonctionnaires. Lorsque la Confederation a

fait des versements complementaires a la Caisse d'assurance des fonctionnaires en faveur d'une personne «particulierement qualifiee» qu'elle voulait s'attacher (art. 5 aJ. 3 i. f. des statuts de cette caisse), doit-elle remettre le capital ainsi verse a la Caisse d'assurance des fonctionnaires cantonaux, en vertu du contrat de libre passage qu'elle a conclu avec cette caisse, dans le cas oil le fonctionnaire qu'elle a engage quitte son service au bout de peu de temps et entre dans l'administration cantonale ?

1. Processo amministrativo diretto: a) Le pretese contro la Confederazione derivanti da un contratto di diritto amministrativo sono giudicate dal Tribunale federale come istanza unica secondo la procedura prevista dall'art. 17 GAD (e non dall'art. 48 c. 1 OGF). b) Col termine «legislazione federale» usato nell'art. 17 GAD si deve intendere l'insieme del diritto federale, anche quello non scritto.

2. Contratto concernente il libero passaggio tra casse di assicurazione per funzionari :  
Allorché la Confederazione, per assumere al proprio servizio una persona di «particolare valore», ha effettuato versamenti supplementari alla Cassa di assicurazione dei funzionari (art. 5 cp. 3 i. f. degli statuti), deve rimettere il capitale costituito da questi versamenti alla Cassa di assicurazione dei funzionari cantonali in virtù del contratto di libero passaggio concluso con essa qualora il funzionario in questione lasci il servizio federale dopo breve tempo ed entri nell'amministrazione cantonale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.